

Resolution der „SPD-Mitglieder gegen Stuttgart 21“ verabschiedet am Freitag, 15. Juli 2011, in Stuttgart

Für uns SPD-Mitglieder ist klar: Das Projekt Stuttgart 21 hat keine Zukunft. Der Ausstieg muss eingeleitet werden. Die Deutsche Bahn AG hat gemeinsam mit der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung die tatsächlichen Kosten und Risiken verschleiert und die Öffentlichkeit, den Landtag und den Bundestag bewusst getäuscht.

Die grün-rote Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen „Kostendeckel“ von 4,5 Milliarden Euro für das Projekt Stuttgart 21 der Deutschen Bahn vereinbart. An Mehrkosten über diesen Betrag hinaus wird das Land sich daher nicht beteiligen. Dies gilt auch ausdrücklich „für das Risiko später auftretender Kostensteigerungen über die bislang vereinbarten Beträge hinaus“. An dieser Linie orientiert sich die SPD-Führung in Baden-Württemberg.

Zugleich tritt aber immer deutlicher zutage, dass dieser Kostenrahmen nicht zu halten ist. Das Vorgehen der Bahn bestätigt diesen Befund: Bereits mehrfach hat sie Regierungen und Parlamenten viel zu niedrige Zahlen genannt, um ihr Projekt nicht an der Einsicht demokratischer Organe scheitern zu lassen. „Bis heute hat die DB AG die reale Kostenentwicklung und die tatsächlichen Einsparpotentiale nicht dargelegt“, schreibt Hartmut Bäumer, Ministerialdirektor im baden-württembergischen Verkehrsministerium, in einer Pressemitteilung vom 14. Juli 2011.

Jeder Euro, der in das überflüssige S21-Projekt investiert wird, fehlt an anderer Stelle für eine dringend notwendige Reformpolitik in Baden-Württemberg – etwa beim Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztageschulen oder bei der Abschaffung der Studiengebühren.

Daher fordern wir:

- Die Regierungsfraktionen und die Landesregierung müssen von der Bahn verlangen, ihre interne Liste der 121 Risiken offen zu legen. Bekanntlich enthält diese Liste 47 bereits berechnete Risiken, die allein Mehrkosten von 1,264 Milliarden Euro auslösen.
- Die Bahn muss alle Folgekosten darstellen, die sich aus den von Heiner Geißler im Faktencheck geforderten Korrekturen und Verbesserungen ergeben.
- Bauarbeiten und Auftragsvergaben sind so lange auszusetzen, bis sämtliche Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21, der Neubaustrecke und dem Anschluss an den Flughafen abgeschlossen sind.
- Vor einer Volksentscheid ist die Frage der Mischfinanzierung und damit die finanzielle Beteiligung des Landes gerichtlich zu klären.
- Im Rahmen des Stresstests sind die tatsächlichen Kapazitäten des Kopfbahnhofs zu prüfen und den weiteren Untersuchungen zugrunde zu legen.

Zudem stellen wir fest: Die SPD-Führung isoliert sich immer mehr mit ihrer Einschätzung, die Partei stehe hinter Stuttgart 21. So ermittelte das Institut für Marktforschung Leipzig – sogar im Auftrag der Deutschen Bahn – , dass von den SPD-Anhängern in Baden-Württemberg 44 Prozent gegen und nur 38 Prozent für den Tiefbahnhof sind. Mit unserem Engagement stemmen wir uns also auch gegen einen Kurs, der die SPD immer weiter von ihrer Basis entfernt.

Vor einer Volksabstimmung muss die SPD Baden-Württembergs ihre Position bestimmen. Zu den S-21-Projekten muss es deshalb einen Mitgliederentscheid geben. Dessen Ergebnis wird dann zur Grundlage der SPD-Position. Den SPD-Landesvorstand fordern wir daher auf, bei seiner Sitzung am 20. Juli einen solchen Mitgliederentscheid auf den Weg zu bringen.

Eine Volksabstimmung, dem kein Bau- und Vergabestopp vorausginge, wäre eine Farce. Worüber sollte das Volk denn noch abstimmen, wenn das Projekt schon gebaut würde? Die Landesregierung würde sich damit nur lächerlich machen, und von einer demokratischen Abstimmung könnte dann nicht mehr die Rede sein.

Als Erstunterzeichner/innen haben folgende 50 SPD-Mitglieder diese Resolution unterschrieben:

Vorname	Nachname	Ortsverein
Helmut	Andrä	Schömberg
Helga	Bassler	Stuttgart-Süd
Siegfried	Bassler	Stuttgart-Süd
Dieter	Benz	Stuttgart-Weilimdorf
Ulrich	Berger	Stuttgart-Plieningen
Karl	Bickel	Waiblingen
Wilfried	Biester	Überlingen
Peter	Conradi	Stuttgart-Botnang
Frank	Däuber	Herrenberg
Frank	Distel	Ostfildern
Monika	Epting-Weismann	Tübingen
Hermann	Fischer	Waiblingen
Gerhard	Gaiser	Baiersbronn
Siegfried	Geißel	Lauffen am Neckar
Reinhard	Geisser	Randen/Tengen/Konstanz
Jürgen	Gesierich	Stuttgart-Mühlhausen
Liesel	Hartenstein	Leinfelden-Echterdingen
Jürgen	Heuer	Herrenberg
Hermann	Höhne	Pleidelsheim
Gerd	Hütter	Stuttgart-Plieningen
Karl-Heinz	Irgang	Blaubeuren
Timo	Kabel	Stuttgart-Ost
Andreas	Kegreiß	Herrenberg
Christina	Keppler	Schömberg
Günter	Klepser	Ammerbuch
Matthias	Kolodziej	Esslingen
Susanne	Kränzle	Stuttgart-Möhringen
Marianne	Latuske	Stuttgart-Botnang
Norbert	Latuske	Stuttgart-Botnang
Karl	Müller	Hilzingen
Dr. Peter	Münzenmayer	Stuttgart-Bad Cannstatt
Gretel	Reeker	Altbach
Hans-Dieter	Reeker	Altbach
Klaus	Riedel	Waiblingen
Dieter	Rominger-Seyrich	Horb
Hans	Schaefer	Reutlingen
Hermann	Schmid	Waiblingen
Rüdiger	Schmidt	Herrenberg
Ingrid	Schulte	Stuttgart-Möhringen
Michael	Schwemmle	Stuttgart-Linker Neckar
Regine	Seyrich	Horb
Ingrid	Stanimirov	Stuttgart-Bad Cannstatt
Georg	Süßmeier	Backnang
Axel	Tschorn	Deizisau
Waltraud	Tschorn	Deizisau
Rolf	Voigt	Lorch
Janina	von Seydlitz-Kurzbach	Stuttgart-Ost
Judith	Vowinkel	Stuttgart-Stammheim
Hermann	Zoller	Schwaikheim
Ursula	Zoller-Mugele	Schwaikheim